

Agenda zur besseren EU-Rechtsetzung: verstärkte Einbeziehung der Interessenträger

Im Bemühen, das Vertrauen der Zivilgesellschaft in die europäischen Institutionen wieder herzustellen, hat die neue Kommission am 19. Mai eine Agenda zur Erzielung besserer Rechtsetzung vorgelegt. Damit werden der Zivilgesellschaft mehr Möglichkeiten eröffnet, sich über bestehende und neue Rechtsetzung besser zu informieren und an dem politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen.

Offenheit und Transparenz sind wesentlich für eine bessere Rechtsetzung. Die Öffnung der Politikgestaltung erhöht einerseits die Rechenschaftspflicht der EU-Organe, gewährleistet aber andererseits, dass die Maßnahmen auf den besten verfügbaren Informationen beruhen und wirksamer werden.

Gesamter „Lebenszyklus“ im Auge

Um eine bessere Konsultation der Interessenträger zu gewährleisten, plant die Kommission ein Webportal einzurichten, auf dem jede einzelne Gesetzesinitiative verfolgt werden kann. Die Kommission stärkt ihr Engagement, der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu geben, sich über den gesamten Lebenszyklus einer Gesetzesinitiative hinweg zu äußern. In der Konzeptionsphase bestehen Konsultationen bei der Ausarbeitung der „Fahrpläne“ und der „Folgeabschätzungen in der Anfangsphase“. Bei der Ausarbeitung eines Vorschlags und der Bewertungs- und Eignungsprüfung bestehender Rechtsvorschriften finden 12-wöchige Konsultationen statt. Nach der Annahme eines Vorschlages können sich Interessenträger binnen 8 Wochen äußern, damit die Bemerkungen in die gesetzgeberische Debatte mit dem Europäischen Parlament und dem Rat mit einfließen. Parallel zur Konsultation der EU-Organe wird den Interessenträgern der Zugang zu den Entwürfen von Durchführungsrechtsakten und delegierten Rechtsakten über die Website der Kommission ermöglicht. Zwecks frühzeitiger Vorbereitung, veröffentlicht die Kommission eine Liste anstehender Rechtsakte auf der Website.

Jedem Kommissionsvorschlag muss in Zukunft eine verbesserte Begründung beigelegt werden, die über Sinn und

Zweck eines Gesetzesvorhabens und über dessen möglichen Auswirkungen informiert.

Um der Zivilgesellschaft außerhalb formeller Konsultationen die Möglichkeit eines Feedbacks zu jeden beliebigen Aspekt der Politik und Rechtsvorschriften zu gewährleisten, richtet die Kommission eine neue Rubrik „Lighten the Load – Have Your Say“ auf der Internetseite zur besseren Rechtsetzung ein.

Vorfahrt für KMUs

Für die Arbeit der Kommission gelten nun neue integrierte Leitlinien zur besseren Rechtsetzung. Diese sollen es gewährleisten, dass künftig die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen sowie die Grundrechte bei allen Analysen der Kommission gleichermaßen Berücksichtigung finden. Bei den politischen Lösungsansätzen sollen neben gesetzgeberischen auch gut konzipierte nicht-gesetzmäßige Möglichkeiten sowie die Verbesserung bei der Umsetzung und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften ins Auge gefasst werden. Beim Entwurf und der Bewertung gesetzlicher Initiativen soll dem Grundsatz „Vorfahrt für KMUs“ mehr Gewicht gegeben werden.

Für die Bewertung der Qualität der Folgeabschätzungen, die zur Untermauerung der politischen Entscheidungsfindung dienen, wird ein neuer Ausschuss für Regulierungskontrolle ins Leben gerufen. Neben den Folgeabschätzungen wird sich der Ausschuss auch mit wichtigen Evaluierungen und Eignungsprüfungen bestehender Rechtsvorschriften befassen. Der Ausschuss wird aufgrund der Zusammensetzung unparteiisch sein.

Eine wahrhaftige Änderung bei der EU-Rechtsetzung kann lediglich erzielt werden durch ein gemeinsames Engagement sämtlicher EU-Organe. So sieht die Kommission vor, eine neue Interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende dieses Jahres zu beschließen. Infolgedessen, muss eine Bewertung der möglichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen und der regulatorischen Belastung stattfinden, wenn das Übereinkommen des Rates und des Europäischen Parlaments zu einem signifikant unterschiedlichen Gesetzesvorschlag kommt. Für die Bewertung wird ein unabhängiges Gremium herangezogen, zu dem jedes EU-Organ einen Vertreter schickt. Zudem werden Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert, bei der Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht ungerechtfertigtes „Gold plating“ zu vermeiden.

Um die Effizienz und Leistungsfähigkeit der EU-Gesetzgebung zu gewährleisten, wird die Kommission das seit 2012 bestehende Refit Programm stärken. Neben einer größeren Zielorientierung auf die wesentlichen Ursachen für mangelnde Effizienz und unnötige Bürokratie soll auch die Schätzung von Vorteilen und Kosteneinsparungen jeden Refit-Vorschlag begleiten. In einer neu eingerichteten „Refit Plattform“ können Sachverständige von Verbänden aus der Zivilgesellschaft und aus den EU-Organen ihre Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsetzung geben.

Neben neuen Initiativen zur Verringerung der Belastung wird auch die Aufhebung veralteter Rechtsvorschriften, die nicht mehr bedarfsgerecht oder unverhältnismäßig aufwändig sind, fortgeführt. Ferner finden bereits zahlreiche Evaluierungen und Eignungsprüfungen existierender Rechtsvorschriften statt. Kurz vor dem Abschluss stehen die Eignungsprüfung zum Lebensmittelrecht, die Evaluierung der Arbeitsrechtsvorschriften und die Rechtsvorschriften für die chemischen Stoffe (REACH).

Weitere Möglichkeiten zur Verringerung des Verwaltungsaufwand sind bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten, bei den Berichtspflichten und bei der Vereinfachung der Verwaltung von EU-Fördermitteln zu finden.

[Bernd Gruner]

ⓘ Detaillierte Information zu dem Refit-Programm finden sie in englischer Sprache unter: http://ec.europa.eu/smart-regulation/better_regulation/documents/swd_2015_110_en.pdf

BGA AKTUELL

BGA: Schwacher Auftakt im Großhandel

„Das Geschäft läuft nicht rund für die Großhändler. Die weiter sinkenden Preise haben dem Großhandel den Jahresauftakt verhegelt. Nicht einmal der starke März rettet das erste Quartal 2015 vor einem Umsatzeinbruch. Angesichts sinkender Preise wird es immer schwieriger, bei steigender Geschäftstätigkeit den bisherigen Umsatz zu halten. Das belastet die Ertragslage und dämpft die Investitionsneigung weiter, zumal auch von der Politik keine Aufbruchssignale kommen. 'Die tun nichts, also tun wir auch nichts', ist die vorherrschende Stimmungslage.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner, zu der veröffentlichten Umsatzentwicklung im Großhandel für das erste Quartal 2015.

Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben die Unternehmen des Großhandels im vergangenen Quartal real zwar 1,4 Prozent mehr, nominal aber

0,8 Prozent weniger umgesetzt als im Vorjahr. Im März wurden real 5,5 Prozent und nominal 4,0 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen im Großhandel verkauft. Im Produktionsverbundhandel, der ein Indikator für die Industrieproduktion und den Export ist, stieg der Umsatz real um 1,0 Prozent und sank nominal um 3,1 Prozent zum Vorjahresquartal. Der Großhandel mit Konsumgütern setzte dagegen sowohl real (+2,0 Prozent) als auch nominal (+1,9 Prozent) mehr um.

„Experten führender Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung sagen, dass die deutsche Wirtschaft sich im Aufschwung befindet. Die jüngsten Zahlen im Großhandel bestätigen das nicht - er entwickelt sich weiterhin seitwärts. Anhaltende geopolitische Risiken und insgesamt steigende Kostenbelastungen stellen weiterhin eine Herausforderung für den Großhandel dar. Die Belebung der Investitionstätigkeit ist jedoch der Generalschlüssel für das Wachstum von morgen. Nach all den Wahlgeschenken der Großen Koalition sollte ihr Schwerpunkt nun sein, den wirtschaftlichen Rahmen so zu gestalten, dass mehr öffentliche und private Investitionen angeschoben werden“, so Börner abschließend.

ⓘ BGA-Pressemitteilung vom 3. Juni 2015

KONJUNKTUR

Produktion und Auftragseingänge in der Industrie ohne Schwung

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im März gegenüber dem Vormonat rückläufig (-0,5 Prozent). Verantwortlich dafür war der Rückgang um 0,8 Prozent in der Industrieproduktion, insbesondere bei den Vorleistungs- und Investitionsgütern. Die Erzeugung im Baugewerbe stieg hingegen um 2,1 Prozent. Im ersten Quartal 2015 ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe insgesamt um 0,5 Prozent gestiegen. Dazu trug vor allem die Bauproduktion mit einem Plus von 2,3 Prozent bei. In der Industrie wurde die Erzeugung nur leicht ausgeweitet (0,2 Prozent). Insgesamt ist das Produzierende Gewerbe verhalten ins neue Jahr gestartet. Vor allem kam die Industrieproduktion in den letzten Monaten ins Stocken. Konjunkturell bedeutsamen Branchen wie der Kfz-Wirtschaft und dem Maschinenbau fehlt es derzeit an Schwung. Der Bausektor liefert dagegen wichtige Impulse für die Konjunktur.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe fallen trotz eines Anstiegs im März verhalten aus. Sie stiegen gegenüber dem Vormonat um 0,9 Prozent. Das Volumen an Großaufträgen fiel nach schwachen Monaten Anfang des Jahres 2015 im März überdurchschnittlich aus. Die Bestellungen von Investitions- und Vorleistungsgütern nahmen um 1,3 Prozent bzw. 0,9 Prozent zu. Die Aufträge für Konsumgüter gingen dagegen um 2,2 Prozent zurück. Aus dem Inland (+ 4,3 Prozent) sowie dem Euroraum (+ 2,5 Prozent) kamen positive Impulse. Die Nachfrage aus dem Ausland entwickelte sich hingegen rückläufig (-1,6 Prozent). Im Vergleich zum starken Schlussquartal 2014 wurden im ersten Quartal dieses Jahres weniger Auftragseingänge verbucht (-1,5 Prozent). Während sich die Inlandsnachfrage mit einem Anstieg von 1,0 Prozent positiv entwickelte, schwächten sich die Bestellungen aus dem Ausland um 3,4 Prozent deutlich ab (-3,4 Prozent).

[Moritz Melchior]

AUSSENWIRTSCHAFT

Erfolgreiche Sourcing Mission nach Äthiopien

Potentielle Exporteure identifizieren und Marktinformationen sammeln – so lautete das Ziel der Sourcing Mission nach Äthiopien, die das Import Promotion Desk (IPD), der deutsche Dienstleister für Importförderung, vom 4. bis zum 13. Mai 2015 durchführte.

Bereits Anfang des Jahres hatte das IPD im Rahmen eines Workshops in Addis Abeba 12 äthiopische KMUs ermittelt, die in Deutschland nachgefragte Produkte anbieten.

Auf der nun durchgeführten Reise stand im Fokus, die Exportfähigkeit dieser Lieferanten zu überprüfen sowie sich einen Eindruck von Produktqualität, Liefermengen und Produktionsbedingungen zu verschaffen. Dazu reisten Petra Dürbeck, IPD Spezialistin für Einkauf und Sourcing im Bereich natürliche Zutaten, sowie zwei Experten in verschiedene Regionen von Äthiopien, u.a. in die Gegend von Adama und Shashemene. Dort bot sich dem IPD Team die Gelegenheit, sich persönlich von der Qualität der Produkte sowie ihrer Nachhaltigkeit zu überzeugen. Die Produktpalette an natürlichen Zutaten reichte von ätherischen Ölen und Extrakten, über Kräuter, Gewürze und Hülsenfrüchte bis hin zu Weihrauch und Myrrhe.

Die Sourcing Mission bildete den Auftakt für eine langfristige Kooperation zwischen dem IPD und den KMUs. Es sind nun weitere Aktivitäten zur Qualitätssicherung geplant, die die Lieferanten und ihre Produkte auf den deutschen Markt vorbereiten. So ist auch ein Besuch von äthiopischen Produzenten und Vertretern lokaler Business Support Organizations (BSO) auf der Food Ingredients Europe Messe in Paris vorgesehen. In ein bis zwei Jahren sollen die äthiopischen Produzenten, mit Unterstützung des IPD und lokaler BSOs, selbst an den relevanten Fachmessen in Europa teilnehmen.

Das IPD nutzte die Reise außerdem dazu, Kontakte zu Institutionen, wie beispielsweise der äthiopischen Handelskammer, dem Institut für Agrarforschung sowie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zu knüpfen, um gemeinsam den Export nach Deutschland bzw. Europa voranzutreiben. Mit drei Institutionen wurden dazu bereits gemeinsame Absichtserklärungen vereinbart.

[Petra Dürbeck]

Export nach Russland im Jahr 2014 um 18 % zurückgegangen

Im Jahr 2014 gingen die deutschen Exporte in die Russische Föderation um 18 % auf 29 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum sanken die Importe aus Russland um 7 % auf 38 Milliarden Euro. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, wurde damit die Expansion des deutschen Außenhandels mit Russland weiter gebremst. Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2012 waren die deutschen Exporte nach Russland – bis auf das Krisenjahr 2009 – stärker als die gesamtdeutschen Exporte gestiegen. Bereits im Jahr 2013 hatte es einen Rückgang der deutschen Exporte in die Russische Föderation (– 6 %) gegeben.

📄 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21. Mai 2015

PERSONALIE

Spezialistin Einkauf und Sourcing für das Import Promotion Desk im BGA

Als Expertin für den Bereich Einkauf und Sourcing ist **Kathrin Seelige** seit Anfang Mai 2015 beim Import Promotion Desk (IPD) tätig. Das vom BGA und der sequa gGmbH gemeinsam initiierte IPD soll Importe aus Entwicklungs- und Schwellenländern für den deutschen Markt fördern. Finanziert wird das Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Kathrin Seelige ist im Bonner Büro des IPD Ansprechpartnerin für Importeure verschiedener Sektoren und fungiert als Vernetzungsstelle mit Exporteuren ausgewählter Länder. Sie hat in Köln und Paris Politikwissenschaften und Linguistik studiert. Als Absolventin des Postgraduierten-Studiengangs für Entwicklungszusammenarbeit verfügt Seelige über fundierte Kenntnisse im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Schwellen- sowie Entwicklungsländern und viel Auslandsfahrung. In Indien und Mosambik arbeitete sie als Beraterin für die Entwicklung von Wertschöpfungsketten für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Seit 2012 ist Seelige als Projektmanagerin für sequa gGmbH tätig gewesen und hat nun die Zuständigkeit für die Sektoren der „Natürlichen Zutaten“ aus den Ländern Tunesien und Kirgistan beim IPD übernommen.

Zitat der Woche

»Es ist schwer, über Zukünftiges zu reden, wenn man sich über die Gegenwart nicht einig wird.«

Jeroen Dijsselbloem, Vorsitzender der Euro-Gruppe, über weitere Hilfen für Griechenland, die mit der Auflage verbunden sind, das Land weiter zu reformieren.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen
und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 5. Juni 2015
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich